

## Information nach DSGVO und Einwilligungserklärung

Datenschutzrechtliche Information nach Art. 13 und Art. 14 DSGVO bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen

Vergabestelle: Saarländisches Staatstheater GmbH

Durch die o.g. Vergabestelle werden im Rahmen der Vergabe von öffentlichen Aufträgen neben unternehmens- und auftragsbezogenen Daten auch personenbezogene Daten im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.04.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten verarbeitet. Mit den nachfolgenden Datenschutzhinweisen möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informieren.

Nr. 1 Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:  
Saarländisches Staatstheater GmbH, Schillerplatz 1, 66111 Saarbrücken

Nr. 2 Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten:  
dsb@staatstheater.saarland

Nr. 3 Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten:  
Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zunächst zur Vertragsanbahnung im Rahmen eines Vergabeverfahrens. Die weitere Verarbeitung personenbezogener Daten dient sodann der ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beachtung des geltenden Vergaberechtes sowie der anschließenden Umsetzung des Auftrags.

Nr. 4 Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten:  
Die Vergabestelle hat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Vergaberecht zu beachten. Dazu gehören insbesondere das GWB, die VgV, die VOL/A bzw. die UVgO sowie die LHO.

Die Verarbeitung erforderlicher personenbezogener Daten erfolgt insofern

- aufgrund einer Einwilligung (Art. 6 Absatz 1 lit. a) DSGVO,
- zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten (Art. 6 Absatz 1 lit. b) DSGVO), dies umfasst auch Verarbeitungsvorgänge, die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich sind,
- aufgrund rechtlicher Verpflichtungen (Art. 6 Absatz 1 lit. c), Absatz 3 Satz 1 lit. b) DSGVO oder
- aufgrund der Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt (Art. 6 Absatz 1 lit. e, Absatz 3 Satz 1 lit. b) DSGVO

Nr. 5 Diese Kategorien personenbezogener Daten werden verarbeitet:

- persönliche Kontaktdaten und Namen von Bewerbern und Bietern sowie ggf. Nachauftragnehmern, soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt (z.B. Vor- und Nachname, Post- und E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Kontodaten)

- Kontaktdaten von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der Bewerber und Bieter (z.B. Vor- und Nachname, Post- und E-Mail-Adresse, Telefonnummer)
- Daten zur Qualifikation und Eignung eingesetzter Mitarbeiter und eingesetzter Nachauftragnehmer der Bewerber und Bieter (z. B. Referenzen mit Lebensläufen, Namen, Adressen, Studien- und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung der Mitarbeiter sowie Angaben zur Zuverlässigkeit des Mitarbeiters)

Wir empfehlen an dieser Stelle, die beabsichtigte Weitergabe dieser Daten zur Eignungsprüfung Ihrer Mitarbeiter gegenüber Ihren Mitarbeitern gemäß Ihren eigenen datenschutzrechtlichen Verpflichtungen offenzulegen.

Personenbezogene Daten werden erforderlichenfalls auch dann verarbeitet, wenn die Vergabestelle diese zulässigerweise aus öffentlich zugänglichen Quellen erlangt oder diese in zulässiger Weiser von anderen Behörden oder sonstigen Dritten berechtigt übermittelt bekommt (Handelsregister, Gewerbezentralregister oder Wettbewerbsregister).

Nr. 6 Art der Verarbeitung personenbezogener Daten:

Die zur Zweckerfüllung erforderlichen personenbezogenen Daten werden im Rahmen des Vergabeverfahrens erhoben, elektronisch erfasst, und gespeichert sowie verwendet und darüber hinaus auch in Papierform der Vergabeakte zur Dokumentation beigelegt. Zur Erhebung Ihrer Daten im Rahmen EU-weiter Vergabeverfahren setzt die Vergabestelle die Plattform „eVergabe.de“ ein. Hierbei erfolgt eine Übermittlung Ihrer unternehmensbezogenen Daten an Server der Internetplattform <https://www.evergabe.de/> zum Zwecke anschließender Bekanntmachungen. Darüber hinaus erfolgt durch die eingesetzte Software die Speicherung und Verarbeitung sogenannter Logdateien ohne Personenbezug.

Nr. 7 Empfänger der personenbezogenen Daten:

Empfänger der personenbezogenen Daten sind insbesondere die Bediensteten der Vergabestelle, welche für die Bearbeitung und die Durchführung des jeweiligen Vergabeverfahrens zuständig sind. Weiterhin können verantwortliche Personen bei der jeweiligen Bedarfsträgern (z. B. Rechtsanwälte zur fachlichen Auswertung der Angebote oder bei der Vertragsabwicklung), des technischen Supports und Angehörige anderer öffentlicher Stellen, insbesondere Prüfungsinstanzen Kenntnis von Ihren Daten erhalten. Eine Weitergabe einzelner personenbezogener Daten erfolgt im Übrigen nur, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben. Zu den Empfängern im Rahmen der gesetzlich zulässigen Übermittlung gehören im Einzelfall:

- unterlegene Bieter, die einen Antrag nach § 62 Abs. 2 VgV stellen bzw. gemäß § 19 Abs. 1 VOL/A (§ 46 Abs. 1 UVgO) über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters zu unterrichten sind,
- die Öffentlichkeit bei Beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb oder Freihändigen Vergaben (VOL/A) oder Verhandlungsvergaben ohne Teilnahmewettbewerb (UVgO) ab einem Auftragswert von 25.000,- Euro (ohne Umsatzsteuer), für die Dauer von drei Monaten wird auf der Vergabeplattform dann über den vergebenen Auftrag,

zumindest unter Angabe des Namens des beauftragten Unternehmens, informiert.

- bei Ausschreibungen oberhalb der EU-Schwellenwerte (GWB, VgV) wird der vergebene Auftrag grundsätzlich unter Angabe des Namens des beauftragten Unternehmens im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht.

#### Nr. 8 Dauer der Speicherung personenbezogener Daten:

Die Daten werden bei der Vergabestelle gespeichert solange dies im Rahmen des Vergabeverfahrens, zur Vertragsdurchführung und Vertragsabwicklung erforderlich ist. Nach Entfallen des jeweiligen Verarbeitungszwecks werden die Daten regelmäßig gelöscht, es sei denn deren Weiterverarbeitung ist aufgrund einschlägiger gesetzlicher bzw. vertraglicher Aufbewahrungsfristen und Dokumentationspflichten erforderlich. Der Löschung steht die datenschutzgerechte Vernichtung verkörperter Daten gleich. Bei Notwendigkeit der Erhaltung von Beweismitteln etwa im Rahmen gerichtlicher Verfahren wird auf folgende Speicherungsfristen hingewiesen: Die Verjährungsfristen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB), welche bei Vorhandensein eines gerichtlichen Titels bis zu 30 Jahre betragen können (§§ 195 ff. BGB).

#### Nr. 9 Rechte der betroffenen Person:

Nach der DSGVO stehen den Betroffenen folgende Rechte zu:

- Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung unrichtiger, nicht (mehr) zutreffender personenbezogener Daten (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 21 DSGVO)

#### Widerrufsrecht bei Einwilligung:

Nach Art. 7 Absatz 3 DSGVO kann eine erteilte Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch den Widerruf nicht berührt.

#### Nr. 10 Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde:

Sie haben gemäß Art. 77 DSGVO ferner das Recht, sich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt.

Zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Monika Grethel

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit im Saarland

#### Nr. 11 Preisgabe und Folgen der Verweigerung personenbezogener Daten:

Die Bekanntgabe und Übermittlung von personenbezogenen Daten oder die Auskunft zu Sachverhalten mit personenbezogenen Daten erfolgt freiwillig. Die Nichtangabe geforderter Daten führt nicht unmittelbar zum Ausschluss eines

Bewerbers oder Bieters vom Vergabeverfahren. Ein Ausschluss kommt aber immer dann in Betracht, wenn das Nichtvorliegen personenbezogener Daten zu einer Nichterfüllung von Mindestanforderungen bzw. vergaberechtlichen Ausschlusskriterien führt.

Nr. 12 Einwilligungserklärung der betroffenen Person nach DSGVO:

Ich erteile meine ausdrückliche Einwilligung, dass die Vergabestelle:

Saarländisches Staatstheater GmbH, Schillerplatz 1, 66111 Saarbrücken

meine im Rahmen des Vergabeverfahrens:

Dienstleistung: Reinigung

bereitgestellten personenbezogenen Daten und Informationen, soweit diese zur rechtmäßigen Durchführung des vorstehend genannten Vergabeverfahrens erforderlich sind, erhebt, verarbeitet und nutzt.

Sofern zum Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens erforderlich umfasst die Verarbeitungstätigkeit der Vergabestelle auch weitere Datenerhebungen, Datenspeicherungen und Datenübermittlungen. Die datenschutzrechtliche Information Nr. 1 bis 11 der Vergabestelle nach Art. 13 und 14 DSGVO habe ich zur Kenntnis genommen. Ich bin darauf hingewiesen worden, dass die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner Daten auf freiwilliger Basis erfolgt und ich meine Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann.

.....  
Datum

.....  
Unterschrift des Betroffenen in Textform